Aktionskreis vor 15 Jahren gegründet: Jetzt ein Weckruf für mehr Klimaschutz in Bergkamen

Zum kleinen Vereinsjubiläum ein Weckruf für mehr Klimaschutz durch den Aktionskreis (v. l.): das Ehepaar Elke Schönberger und Karlheinz Röcher sowie Ulrike und Wolfgang Dahlmann.

Auf den Tag genau vor 15 Jahren wurde der Aktionskreis Leben und Wohnen Bergkamen gegründet. In den ersten setzte er sich kritisch mit den Auswirkungen des untertägigen Steinkohlenbergbaus insbesondere unter Rünthe und Overberge auseinander. Inzwischen steht der Klimawandel im Mittelpunkt der Vereinsaktivitäten. So gab es zum kleinen Jubiläum am Dienstag keinen Sekt. Vielmehr nutzte der Sprecher des Aktionskreises Karlheinz Röcher, die Stadt, die Ratsfraktionen aber auch alle Bürgerinnen und Bürger aufzufordern, gegen die zunehmende Erwärmung und den damit verbundenen negativen

Folgen aktiv zu werden. Er versteht die Pressekonferenz an der Einmündung Am Romberger Wald / Overberger Straße, zu der der Aktionskreis eingeladen hatte, als einen „Weckruf“.

Zum Thema „Klimaschutz“ hatte der Aktionskreis den sechs Ratsfraktionen vor einiger Zeit einen Katalog mit fünf Frage geschickt. Aus den Antworten, die auf der Internetseite des Aktionskreises veröffentlicht sind, zieht Karlheinz Röcher folgende Feststellungen:

„Feststellung 1: Bei den 6 Ratsfraktionen ist das Thema sehr unterschiedlich verankert. Die beiden großen Ratsfraktionen (SPD u. CDU) sowie die FDP scheinen keine (großen) ambitionierten Klimaschutzziele aufgrund der Verpflichtungen aus dem Klimavertrag von Paris (2015) zu verfolgen.

Feststellung 2: Zu den für den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien benötigten Flächen (Flächen-PV-Anlagen, Solarthermische Flächen-Anlagen und Windräder) ergeben sich weder konkrete Hinweise aus den Antworten der Ratsfraktionen noch aus dem Integrierten Klimaschutzkonzept. Die im Klimaschutzkonzept beschriebenen Handlungsfelder im Bereich der Erneuerbaren Energien sind völlig unzureichend. Ein geplanter massiver Ausbau ist nicht als Ziel zu erkennen (Ausgrenzung der Bergehalde „Großes Holz“ als Standort für Windräder)

Feststellung 3: Es gibt bislang keine Hinweise dafür, dass Verwaltung und Politik ernsthafte Anstrengungen unternehmen, die Bürger*innen sowie die Unternehmen mit „ins Boot“ zu nehmen. Dabei ist klar: Ohne diese kann die Begrenzung der Erderwärmung auf max. +2° bis 2050 nicht gelingen.

Feststellung 4: Es gilt keine Zeit mehr zu verlieren, um die größte Krise der Menschheit auch lokal in den Mittelpunkt des öffentlichen u. privaten Handelns zu stellen.“